



## Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

zu „Schleswig-Holstein als sicherer Hafen“ (Drucksache 19/1708)

### **Schleswig-Holstein ist und bleibt ein sicherer Hafen und steht auch zukünftig an der Seite aufnahmebereiter Kommunen**

Schleswig-Holstein kommt bereits heute durch die Aufnahme von einzelnen Geflüchteten und Flüchtlingsgruppen seiner humanitären und sozialen Verpflichtung nach.

So kommen in diesem Jahr die ersten von 500 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten über unser Landesaufnahmeprogramm nach Schleswig-Holstein zusätzlich zum europäischen Aufnahmeprogramm.

Im April dieses Jahres hat Schleswig-Holstein 22 aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufgenommen und die aufnahmebereiten Kommunen bei der Aufnahme unterstützt.

Humanität ist die zentrale Grundlage der europäischen Wertegemeinschaft. Es ist deshalb nicht zu akzeptieren, wenn sich die Europäische Union oder einzelne ihrer Mitgliedstaaten dieser humanitären Verantwortung entziehen. Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, sich als Teil der Europäischen Union dafür einzusetzen, die lebensgefährlichen Fluchtversuche verzweifelter Menschen über das Mittelmeer nach Europa zu beenden.

Der Landtag bittet auch die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass Europa zu einer gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik findet, die den Grundsätzen von Humanität und Rechtsstaatlichkeit entspricht. Hierzu gehört eine funktionierende und lückenlose Seenotrettung als staatliche Aufgabe. Solange dies nicht gewährleistet ist, lehnen wir eine pauschale Kriminalisierung privater Seenotrettungsinitiativen ab.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Das Land wird Kommunen, die sich zur Aufnahme in Seenot geratener Geflüchteter bereiterklärt haben, weiterhin begleiten und diesen die Geflüchteten entsprechend zuweisen.
2. Die Landesregierung wird gebeten zu prüfen, unter welchen rechtlichen Bedingungen die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlingskontingente durch die Kommunen möglich ist.
3. Ferner wird die Landesregierung gebeten mit den Kommunen, die sich dem Bündnis „Sichere Häfen“ angeschlossen haben, zu klären, welche zusätzlichen Aufnahmekapazitäten sie zukünftig verlässlich anbieten.

Barbara Ostmeier  
und Fraktion

Aminata Touré  
und Fraktion

Jan Marcus Rossa  
und Fraktion